

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 17.5.2024**

### **Die Linke: Militärfahnen im Saal der StVV nicht erwünscht**

Die Stadtverordnetenversammlung begann mit einer Kontroverse. An den Sitzplätzen des Oberbürgermeisters und der Bürgermeisterin hing eine ukrainische Flagge mit Unterschriften von Soldaten einer Militäreinheit, die ukrainische Flüchtlinge dem Oberbürgermeister aus Dankbarkeit für die Unterstützung durch die Stadt überreicht hatten. Der OB beabsichtigte, die Fahne und eine Urkunde künftig im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung aufzuhängen. Die Fraktion Die Linke berief den Ältestenrat ein, da das Hissen von Militärflaggen nicht mit der friedenspolitischen Haltung des Stadtparlaments in Einklang stehe. Bei der Trauer um die vielen Toten in diesem Krieg dürfe man die zahlreichen anderen Konflikte in der Welt nicht vergessen, deren Symbolik nicht im Parlament verbreitet werde. Zudem sei die Aktion nicht im Ältestenrat abgesprochen. Nach einer sehr nachdenklichen, aber auch kontroversen Debatte - alle Fraktionen außer Der Linke und der Marburger Linke&Piraten (MLP) stützen den OB - schlug die Stadtverordnetenvorsteherin vor, Fahne und Urkunde künftig an einem anderen Ort im Rathaus aufzuhängen.

Ein Dringlichkeitsantrag der MLP zur Unterstützung von geflüchteten Kriegsdienstverweigerern fand nur die Zustimmung der Linken und kam nicht auf die Tagesordnung.

### **Keine Reduzierung der Öffnungszeiten im Aquamar**

Auch die Dringlichkeit eines Antrags der Fraktion Die Linke zur Beibehaltung der Öffnungszeiten AquaMar wurde von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt. Die Reduzierung in den Morgen- und Abendstunden treffe insbesondere ältere Menschen, so Jan Schalauske. Er erinnerte zudem an den massiven Abbau von Schwimmflächen durch die Schließung von Louisabad und Europabad in den vergangenen Jahrzehnten. Der Vorwurf der Stadträtin Dinnebier, Die Linke würde die Belastungssituation der Beschäftigten nicht ernst nehmen, ging ins Leere, setzen sich Linke doch seit vielen Jahren für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Stadt ein. (Mittlerweile ist das Hallenbad wegen Baumängeln geschlossen; Die Linke hat einen Akteneinsichtsausschuss beantragt)

### **Bessere Betreuung geflüchteter Menschen**

Ein Antrag des Magistrats schlug einen besseren Betreuungsschlüssel von Personen in der sozialpädagogischen Betreuung geflüchteter Menschen von 1:80 vor. In der Debatte begrüßte Miguel Sanchez für die Fraktion Die Linke die Vorlage, wies aber auf ungelöste Probleme beim humanitären Umgang mit Geflüchteten hin. So sei der Beschluss „200 nach

Marburg“ nicht umgesetzt, die Situation in der Ausländerbehörde nicht befriedigend und noch immer seien weltweit unzählige Menschen auf der Flucht. Außer der Fraktion Die Linke sprachen in der Debatte nur die SPD und Stadträtin Dinnebieber.

### **Quartier Südbahnhof: ganzheitliche Planung statt Flickenteppich**

Für die Fraktion Die Linke erinnerte Jan Schalauske: Seit mehreren Jahren plant die Stadt das Quartier rund um den Südbahnhof weiterzuentwickeln. In dem innenstadtnahen Stadtteil soll einerseits neuer, insbesondere bezahlbarer Wohnraum errichtet werden. Andererseits planen Stadt und Sparkasse auf der Grundlage eines Architektenwettbewerbs um das 3U-Areal eine Quartiersentwicklung mit Blick auf Gewerbe und Wohnen mitsamt eines Stadtteilplatzes. Ein stadtbekannter Privatinvestor hat darüber hinaus mehrere Flächen im Stadtteil aufgekauft mit dem Ziel, dort Wohnungen zu bauen und mit Gewinn zu veräußern. Gleichzeitig fehlt es in dem Quartier bisher an relevanter öffentlicher Infrastruktur, wie KiTa, Schule oder Vereinsräume. Deshalb brauche es nach Auffassung der Linken statt separater Betrachtungen jeder Fläche eine echte Stadtteilentwicklungsplanung.

Schalauke würdigte die engagierte Initiative „Quartier Südbahnhof“ (IQS), die nicht nur zahlreiche Aktivitäten entfaltet, sondern auch vielfältige Bedarfe für das Quartier thematisiert hat: Schaffung von öffentlich geförderten, bezahlbarem und barrierefreien Wohnraum (Sozialwohnungen) für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, für Studierende, junge und ältere Menschen; Bereitstellung von Werkswohnungen für Mitarbeiter\*innen der städtischen Gesellschaften und ihren Töchtern; Einbeziehung zu errichtender öffentlicher Infrastruktur, wie KiTa, Schule und öffentliche Räume/Treffpunkte für Vereine und Initiativen; klimagerechtes Bauen, vorzugsweise in Holzbauweise und Grünflächen an Gebäuden; dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung; Klimaanpassung: Entsiegelung, Schaffung von Grün- und Freizeitflächen, wie etwa Spielplätze; Förderung umweltfreundliche Mobilität durch gezielte Stärkung des Bus-, Rad- und Fußverkehrs im Stadtteil sowie in Verbindung mit anderen Quartieren; etc. Die Forderung nach einem Quartiersentwicklungsplan fand jedoch keine Mehrheit. Vertreter der Koalition waren der Meinung, die „Verwaltung erfülle bereits alle Forderungen“, so Bettina Böttcher (SPD), die Bürger\*innen würden ohnehin beteiligt, so Stadtrat Kopatz (Klimaliste) und Stadtteilentwicklungspläne hätten keine rechtliche Verbindlichkeit, so Christian Schmidt (Grüne) – ein erstaunliches Argument, fand doch ein Stadtteilentwicklungskonzept für Dagobertshausen viel Lob.

### **Die Linke fordert Anpassung der Richtlinien des Stadtpass**

Für die Fraktion Die Linke ist auf kommunaler Ebene der Stadtpass, heute Marburg-Pass, ein zentraler Schlüssel für eine bessere gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen. Mitglieder der Partei Die Linke haben über viele Jahre viele konkrete Verbesserungen für dessen Leistungen eingefordert und erstritten. Darauf verwies Miguel Sanchez in der Begründung des Antrags Der Linken, kritisierte jedoch, dass die neu in Kraft getretenen Richtlinien noch nicht die Erhöhung des Bürgergelds beinhaltete und daher die Einkommensgrenzen neu festgelegt werden müssten. Vertreter der Koalition hielten eine sofortige Anpassung für unnötig, weil sie defacto nur wenige Menschen betreffen würde. Leider stimmten nur die Fraktion Die Linke für den Antrag.

### **Goldberg-Kita, Görzhausen und Grünpeile**

Die Linke unterstützte weite Teile eines dringlichen Antrags der MLP-Fraktion zur Behebung der belastenden Zustände rund um die Kinderbetreuungseinrichtung Goldbergstraße in Cappel. Der Bauleitplanung für eine potentielle Erweiterung der Gewerbeflächen am Pharmastandort Görzhäuser Hof verweigerte Die Linke die Zustimmung. Der Antrag der Linken „Mehr Grünpeile für Radfahrende“ fand hingegen breite Unterstützung.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

**Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske**